

## Sozialdienstleistungen, die auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten sind

**D**ie Europäische Kommission legte am 4. April einen überarbeiteten Entwurf der heftig umstrittenen Dienstleistungsrichtlinie vor. Die Entscheidung der Kommission, sich dem Votum des Parlaments für eine grundlegende Änderung der ursprünglichen Bolkestein-Richtlinie anzuschließen, war ein wichtiger Schritt für die europäische Demokratie.

Für die Mitglieder des EAPN war die Entscheidung des Parlaments, sämtliche Sozialdienstleistungen von der Richtlinie auszunehmen, von wesentlicher Bedeutung. Der Vorschlag, Pflegeheime, Obdachlosenasyile oder Ambulanzdienste den selben Wettbewerbsbedingungen wie Mobiltelefone, Friseursalons oder Bankdienstleistungen zu unterwerfen, war ein großer Fehler in der ursprünglichen Richtlinie.

Als Folge wären die Befugnisse der Mitgliedstaaten und Regionen bei der Qualitätskontrolle der Sozialdienstleistungen und der Gewährleistung der Verbraucherrechte geschwächt worden. Die Dienstleistungserbringung, ihre Standards und die Höhe der Finanzierung wären der demokratischen Debatte entglitten und dem Markt auf Gedeih und Verderb ausgeliefert worden. Eine solche Entwicklung macht „Subsidiarität“ zur Farce.

Die Gefahr wird umso größer, wenn EU-weite soziale Standards fehlen, die im Falle eines wettbewerbsorientierten Marktes dem „Wettbewerb bis zum Äußersten“ bei der Qualität, den Kosten und den Arbeitsbedingungen einige Schranken setzen könnten.

Europas Sozialdienstleistungen müssen gestärkt und besser auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten werden, insbesondere auf die Bedürfnisse der Menschen, die von Armut betroffen und folglich am stärksten von diesen Dienstleistungen abhängig sind. Sie dürfen nicht dem freien Markt ausgesetzt werden, auf dem nur der Profit zählt. Es ist entscheidend, dass jeder, der sich um die Zukunft des sozialen Europas Gedanken macht, die nächsten Wochen und Monate nutzt, um sicherzustellen, dass der Rat sämtliche Sozialdienstleistungen explizit von der Dienstleistungsrichtlinie ausnimmt.

R. Hanan

## INHALT

### Dienstleistungen von allgemeinem Interesse

- Dienstleistungen von allgemeinem Interesse: Worum geht es eigentlich? 2
- Der Kompromiss vom 16. Februar 3
- DAI und DAWI: Definitionen 4
- Nationale Netzwerke in vorderster Front 5
- Sozialdienstleistungen: Wertschöpfung und Beschäftigung 6
- Die Europäische Kommission möchte niedrige Mieten verbieten! 6
- „Der ursprüngliche Bolkestein-Vorschlag ist Makulatur“, so der EGB 6
- „Kleine tschechische Netzwerke sind sich dieser Richtlinie nicht einmal bewusst.“ Interview mit David Stulik von der CIVIL Society Development Foundation. 7
- Sozialdienstleistungen in der Tschechischen Republik 8

### Nachrichten aus dem Zypern

- Die sozialen Prioritäten des Reformprogramms 9
- Das Profil von EAPN Zypern 11
- Impressum 11

## SOZIALDIENSTLEISTUNGEN

### Dienstleistungen von allgemeinem Interesse: Worum geht es eigentlich?

Hatten Sie auch schon einmal das Gefühl, dass jeder außer Ihnen weiß, worum es in der Dienstleistungsrichtlinie geht?

Dieser Artikel versucht darzulegen, worum es in der Dienstleistungsdebatte geht, wie die jüngsten Entwicklungen aussehen und welche Auswirkungen sich für Sozialdienstorganisationen ergeben, die in der Bekämpfung von Armut tätig sind.

#### Dienstleistungen und die Bolkestein-Richtlinie

Die Liberalisierung des Binnenmarktes ist ein zentraler Punkt der überarbeiteten Lissabonner Strategie. Seit den 1990er-Jahren hat die EU kontinuierlich für einen Bürokratieabbau im Herstellungsbereich gesorgt, wodurch Unternehmen eine grenz-überschreitende Tätigkeit ermöglicht wird. Da der Dienstleistungsbereich jedoch 75 % der Arbeitsplätze in der EU und 65 % ihres Bruttoinlandsprodukts stellt, entstand Druck, den Liberalisierungsprozess auch auf diesen Bereich auszuweiten. Genau darauf zielt die neue Dienstleistungsrichtlinie ab, die im Januar 2004 unter Kommissionsmitglied Bolkestein vorgeschlagen wurde. Dienstleistungserbringern soll die Bereitstellung von Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten erleichtert werden. Die zugrunde liegende Annahme lautet, dass die "Liberalisierung" zu qualitativ hochwertigeren Dienstleistungen und niedrigeren Kosten führen wird. Es bestehen jedoch Befürchtungen, dass sie genau das Gegenteil bewirken wird, nämlich Sozialdumping, d.h. Preise werden in die Höhe getrieben und Standards herabgesetzt. In seiner ursprünglichen Form hätte der Vorschlag auch eine ganze Reihe von Dienstleistungen pauschal zusammengefasst, angefangen von Finanzdiensten und Arbeitsvermittlungsagenturen über die Gas- und Wasser-versorgung bis hin zu den Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Wohnraumdienstleistungen.

#### DAI und DAWI: Was ist der Unterschied?

Ein zentraler Schwerpunkt der Debatte war die Frage, ob

Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) der Richtlinie unterliegen sollen (siehe Rand S. 3). Während der derzeitige Konsens vorsieht, die DAI einstweilen auszunehmen, bleiben die DAWI in der Richtlinie ... vorerst. Die DAWI decken alle Aspekte der so genannten netzgebundenen Dienstleistungen ab, angefangen von der Wasser- und Energieversorgung, über die Telekommunikation bis hin zu Beschäftigungs-, Gesundheits-, Bildungs- und Sozialdienstleistungen ... Für die Kommission besteht die zentrale Rolle der EU in diesem Bereich darin, sicherzustellen, dass die Liberalisierung Hand in Hand mit der Wahrung der Grundrechte auf diese wesentlichen Dienstleistungen arbeitet. Die Kommission ist der Auffassung, dass "die Ziele eines offenen, wettbewerbsfähigen Binnenmarktes einerseits und die Entwicklung allgemein zugänglicher, hochwertiger Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu erschwinglichen Preisen miteinander vereinbar sind".

#### Was ist mit den Sozialdienstleistungen?

Das Thema Sozialdienstleistungen verdeutlicht einige der Hauptprobleme. Wenn die EU von DAWI spricht, sind im Allgemeinen die großen "netzgebundenen" Dienstleistungen gemeint, doch in Wirklichkeit sieht es so aus, dass die meisten Sozialdienstleistungen DAWI sind, d.h. sie haben eine

wirtschaftliche Dimension, mit bezahltem Personal und wirtschaftlichen Bezugsrahmen.

In ihrem Überschwang, den Bereich zu "modernisieren", sind die meisten Mitgliedstaaten außerdem darauf erpicht, ein gemischtes öffentliches/privates Sozialdienstleistungsmodell zu fördern. Sozialdienstleistungen lassen sich aber nicht gut in dieses Schema pressen. Die Kommission betont in ihrem Weißbuch, dass "der personenbezogene Charakter dieser Leistungen in den Bereichen Soziales und Gesundheit zur Folge hat, dass sich hier die Erfordernisse merklich von denen unterscheiden, wie sie auf die netzgebundenen Wirtschaftszweige zutreffen".

Sozialdienstleistungen unterscheiden sich sehr stark von kom-

Der Dienstleistungsbereich stellt 75% der Arbeitsplätze in der EU und 65% ihres Bruttoinlandsprodukts

merziellen Dienstleistungen. Sie sind facettenreiche Dienstleistungen, die ein breites Dienstleistungsspektrum auf ganzheitliche Weise erbringen. Wie Qualität definiert und wessen Standpunkt dabei zugrunde gelegt wird, ist daher der zentrale Punkt jeglicher Diskussion, die sich um die Verteidigung der Besonderheiten der Sozialdienstleistungen dreht. Mehrheitlich besteht Einigung darüber, dass die EU nicht die Verteidigung der Qualität dieser grundlegenden, entscheidenden Dienstleistungen und Mobiltelefone in einen Topf werfen kann.

**Durch den demografischen Wandel wurden personenbezogene Dienstleistungen zu einem großen Geschäft**

### **Herkunftsland**

Alle Mitgliedstaaten haben nationale Gesetze, die die Erbringung von Sozialdienstleistungen regeln. Diese Gesetze sind entscheidend, wenn es darum geht, soziale Standards sicherzustellen und die häufig sozial verletzlichen Betroffenen zu schützen. Normalerweise legen diese Gesetze Standards und Verpflichtungen bezüglich der Qualität und des Inhalts der Dienstleistungen fest, um deren Zugänglichkeit, Qualität und Kontinuität zu garantieren. Die Bestimmungen der Dienstleistungsrichtlinie, die als besonders problematisch angesehen wurden, waren jene, die sich auf das Herkunftslandprinzip bezogen.

Das Herkunftslandprinzip hätte es einem Erbringer ermöglicht, seine Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat unter den Bedingungen und mit den Standards seines Heimatlandes anzubieten. Die Folge wäre möglicherweise eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gewesen. Wie groß wären wohl die Chancen, die Qualität von Dienstleistungen und die Löhne und Arbeitsbedingungen zu verteidigen, wenn Erbringer mit niedrigeren Löhnen und schlechteren Bedingungen und Garantien die Möglichkeit hätten, inländische Angebote zu unterbieten?

### **Worin liegt die Bedeutung der Debatte?**

Den meisten kleineren Dienstleistungserbringern könnte die ganze Debatte nebensächlich erscheinen. Warum sollte ein ausländisches Dienstleistungsunternehmen konkurrieren wollen? Welche Chancen hätte es gegen lokale Anbieter? Die Wirklichkeit sieht so aus, dass durch den demografischen Wandel personenbezogene Dienstleistungen zu einem großen Geschäft wurden. Die rasante Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt zeitigt jetzt für eine schnell alternde Gesellschaft Folgen.

Private und soziale Unternehmen haben schnell erkannt, dass Betreuungsdienste für Kinder, ältere, kranke oder behinderte Menschen, die früher häufig von Frauen erbracht wurden, eine interessante wirtschaftliche Nische darstellen. Diese Faktoren haben zu einem noch stärkeren Druck geführt, den Markt zu öffnen. Langfristig könnte dies zur Folge haben, dass mehr private Dienste bzw. Dienste des dritten Sektors die wichtigsten Dienstleistungen sowohl im Inland als auch grenzüberschreitend erbringen. Dies sind die wahren Auswirkungen, die die Richtlinie auf den Bereich hat.

### **Der Kompromiss vom 16. Februar ...**

Der unbestrittene Höhepunkt der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom Februar war die Debatte und Abstimmung - in erster Lesung - über die Dienstleistungsrichtlinie. Hier einige Auszüge aus dem Beschluss des Europäischen Parlaments:

"Sozialdienstleistungen ergeben sich aus den Pflichten des Staates - auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene - im sozialen Bereich. Sie sind Ausdruck der Grundsätze des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität, was sich unter anderem in der Tatsache widerspiegelt, dass sie geschaffen wurden, um Menschen zu unterstützen, die aufgrund eines unzureichenden Familieneinkommens oder des völligen oder teilweisen Verlustes ihrer Selbständigkeit besonders hilfsbedürftig sind oder die Gefahr laufen, marginalisiert zu werden."

"Diese Richtlinie gilt nur für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, d.h. für solche, die einer Wirtschaftstätigkeit entsprechen und dem Wettbewerb offen stehen."

"Ausgenommen vom Anwendungsbereich dieser Richtlinie sind: [...] Sozialdienstleistungen, wie Dienstleistungen im Zusammenhang mit Sozialwohnungen, der Kinderbetreuung und Familien-dienstleistungen."

"Es ist notwendig, den Bereich des Arbeitsrechts und der Sozialgesetzgebung vom Anwendungsbereich dieser Richtlinie auszunehmen."

"Erbringer von Dienstleistungen müssen die Beschäftigungsbedingungen [...] des Mitgliedstaates einhalten, in dem die Dienstleistung erbracht wird."

## Pro oder Kontra Liberalisierung?

Die Debatte läuft ebenfalls Gefahr, den Bereich zu entzweien. Viele Non-Profit-Dienste sind über den allgemeinen Liberalisierungstrend besorgt, der zu einer bleibenden Verschlechterung der Dienstleistungen und dem Ende ihrer eigenen Dienstleistungen führt. Dienste des privaten Sektors oder einige gewinnorientierte soziale Unternehmen wiederum sind besser gerüstet, aus diesem Prozess Nutzen zu ziehen, was insbesondere für die neuen Mitgliedstaaten gilt, die von jeher von einem hierarchischen öffentlichen Sektor dominiert wurden. Welche Position auch immer vertreten wird: Es herrscht wohl weitgehend Einigkeit darüber, dass der Bereich mehr Zeit

### DAI und DAWI: Definitionen.

Was sind eigentlich DAI und DAWI? Überraschenderweise gibt es für keinen der beiden Begriffe eine eindeutige Definition. Das Europäische Parlament hat jüngst verlauten lassen, dass eine Bestimmung Sache der Mitgliedstaaten sei. Das Weißbuch der Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse - KOM (2004) 374 - weist in seinem Anhang darauf hin, dass lediglich der Begriff DAWI (Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse) im EG-Vertrag unter den Artikeln 16 und 86 (Absatz 2) genannt wird, und dass sich dieser Begriff auf "wirtschaftliche Tätigkeiten" bezieht, die "von den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft mit besonderen Gemeinwohlverpflichtungen verbunden werden und für die das Kriterium gilt, dass sie im Interesse der Allgemeinheit erbracht werden." Der Vertrag sieht vor, dass jedes Land entscheiden kann, wie es diese Dienstleistungen organisiert, also durch den öffentlichen, privaten oder dritten Sektor. Es handelt sich um Dienstleistungen, die als Wirtschaftstätigkeit zählen und dem Wettbewerb offen stehen.

Daraus lässt sich ableiten, dass sich der Begriff DAI auf Dienstleistungen bezieht, die dem Allgemeininteresse dienen und einer Gemeinwohlverpflichtung unterliegen. Einfach ausgedrückt, handelt es sich um Dienstleistungen, die für das Allgemeininteresse als wesentlich angesehen und daher von spezifischen Regierungsgesetzen geregelt werden. Die DAI sind daher Herzstück des europäischen Sozialmodells. Sie tragen, genau wie die Sozialschutzsysteme der Mitgliedstaaten, zur Förderung grundlegender sozialer und wirtschaftlicher Rechte und zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt bei.

S.J.

benötigt, um sich auf diesen Prozess einzustellen. Aus diesem Grunde haben die meisten sozialen NRO daher die Kampagne der Sozialen Plattform unterstützt, die darauf abzielte, die Sozialdienstleistungen, genau wie die DAI und DAWI, von der Richtlinie auszunehmen.

### Jüngste Entwicklungen

Am 16. Februar 2006 nahm das Europäische Parlament nach bedeutsamen Verhandlungen zwischen den beiden großen Fraktionen (EVP-ED und SPE) seinen Bericht mit 391 zu 213 Stimmen bei 34 Enthaltungen an (siehe Rand S. 2). In diesem Bericht stimmten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments dafür, Dienstleistungen auszunehmen, durch die "ein sozialpolitisches Ziel verfolgt wird"; außerdem wurden die Änderungsanträge der SPE angenommen, "soziale Dienstleistungen, wie Dienstleistungen im Zusammenhang mit Sozialwohnungen, der Kinderbetreuung und Familiendienstleistungen" vom Anwendungsbereich der Richtlinie auszunehmen.

Weitere wesentliche Entscheidungen waren, das Herkunftslandprinzip fallenzulassen und das Arbeitsrecht und die Sozialgesetzgebung vom Anwendungsbereich der Richtlinie auszunehmen. Der überarbeitete Standpunkt der Kommission, der am 4. April bekannt gegeben wurde, scheint den vom Parlament erzielten Kompromiss zu berücksichtigen. Es werden jedoch bereits Bedenken laut, wie weit dies wohl gehen wird, insbesondere angesichts einer starken Gruppe von Mitgliedstaaten, darunter das Vereinigte Königreich und die meisten der neuen Mitgliedstaaten, die entschlossen sind, die DAWI in der Richtlinie beizubehalten und sich zweideutig zum Ausschluss der Sozialdienstleistungen äußern.

Aus diesem Grunde beteiligen sich Organisationen gegen Armut weiterhin aktiv an der Kampagne, die darauf abzielt, Sozialdienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse auszunehmen; ansonsten wird mit Spannung die von der Kommission versprochene Mitteilung zu Sozialdienstleistungen und dem Gesundheitswesen erwartet (die wohl im Mai veröffentlicht werden soll). Diese Mitteilung sollte die Besonderheiten der Sozialdienstleistungen vertiefen und die wichtigsten Gesichtspunkte berücksichtigen, wie die Fragen der Qualität und der Auswirkungen auf sämtliche Bereiche, einschließlich der staatlichen Beihilfen und des öffentlichen Beschaffungswesens.

Sian Jones

## Nationale Netzwerke in vorderster Front

Zusammen mit weiteren Akteuren haben das EAPN Irland und das EAPN Frankreich eine Kampagne zum Thema Dienstleistungsrichtlinie durchgeführt.

### **Irland: Alle Sozialdienstleistungen sollen ausgenommen werden**

Die Debatte über die Dienstleistungsrichtlinie, die im Februar 2006 im Europäischen Parlament geführt wurde, erregte in der irischen Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit als die meisten anderen europäischen Themen. Der Hauptgrund für dieses Interesse war eine Gewerkschaftskampagne gegen das "Herkunftslandprinzip". In der öffentlichen Diskussion wurde diese Kampagne mit der Kontroverse um die vor kurzem stattgefundenen Privatisierung des Schifffahrtsunternehmens Irish Ferries verknüpft. Das Management hatte versucht, das Unternehmen in Zypern neu zu registrieren, alle Mitarbeiter zu entlassen und neue Mitarbeiter einzustellen, die längere Arbeitszeiten bei einem Drittel des irischen Mindestlohns gehabt hätten. Aus Protest kam es zu einem Streik und einer Besetzung der Fähren - die größte öffentliche Demonstration seit jener anlässlich der Invasion des Iraks.

Das EAPN Irland unterstützt die Gewerkschaftskampagne, räumt aber der Forderung der Sozialen Plattform, sämtliche Sozialdienstleistungen von der Dienstleistungsrichtlinie auszunehmen, Priorität ein. Für Mitglieder und Politiker hat das EAPN Irland eine Kampagnen- und Informations-Website eingerichtet ([www.eapn.ie/policy/177](http://www.eapn.ie/policy/177)). Alle irischen Europaabgeordneten wurden persönlich informiert, und auch die Mitglieder wurden angehalten, mit ihren lokalen Europaabgeordneten zu sprechen. Einige, wie Prionsias de Rossa von der sozialdemokratischen Fraktion, gaben der Kampagne ihre volle Unterstützung, während sie für andere völlig neu war.

In der letzten Woche vor der Abstimmung im Parlament konzentrierte sich das EAPN Irland darauf, Unterstützung für den Änderungsantrag sicherzustellen, der vorsieht, alle Sozialdienstleistungen von der Richtlinie auszunehmen. Fast alle irischen Europaabgeordneten unterstützten diesen Änderungsantrag, was meist dem Standpunkt ihrer jeweiligen Fraktionen widersprach, und schließlich wurde der Änderungsantrag mit sehr kleiner Mehrheit angenommen. Als im Dail, dem irischen Parlament, über die Richtlinie diskutiert wurde, stand das Thema Sozialdienstleistungen im Mittelpunkt der Debatte.

Die Kampagne konzentriert sich jetzt auf die Regierung und, in geringerem Umfang, auf das zuständige, aus Irland stammende Kommissionsmitglied. Nach Berichterstattungen in der lokalen Presse nahmen Regierungsvertreter Kontakt mit dem EAPN Irland auf, und es bleibt zu hoffen, dass sich hieraus politische Unterstützung bei den Ratsdiskussionen ergibt. R. Hanan

### **Frankreich: Eine zu sehr vereinfachende öffentliche Diskussion**

Im Januar 2006 forderte das EAPN Frankreich zusammen mit 34 weiteren französischen gemeinnützigen Organisationen die französischen Europaabgeordneten auf, dafür zu sorgen, dass Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse (SGDAI) vom Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen werden. Diese Stellungnahme war eine Fortsetzung der Aktionen, die seit dem Jahr 2004 von UNIOPSS durchgeführt werden. Der Dachverband UNIOPSS (Interföderaler nationaler Verband des privaten gesundheitlichen und sozialen Wirkens) ist Mitglied des EAPN Frankreich. UNIOPSS setzte sich dafür ein, dass die Besonderheiten gemeinnütziger Organisationen beim europäischen Aufbauprozess berücksichtigt werden und forderte die französischen Behörden auf, der Kommission die Gründe für die nationalen Praktiken bei den Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse genau darzulegen.

Wie lassen sich die Folgen vom heutigen Standpunkt aus beurteilen? Die umstrittene Dienstleistungsrichtlinie bot die Gelegenheit für eine neue, gründliche und konstruktive Diskussion über das Wesen der Sozialdienstleistungen und der spezifischen Beiträge, die der gemeinnützige Sektor auf diesem Gebiet leistet. Gleichzeitig wurde dem gemeinnützigen Sektor bewusst, dass er die europäische Realität berücksichtigen muss. Darüber hinaus machte der gemeinnützige Sektor erneut die Erfahrung, wie schwierig es ist, seine eigene Rolle zu behaupten und seiner Stimme Gehör zu verschaffen, in einer bisweilen zu sehr vereinfachenden öffentlichen Diskussion, wie sie insbesondere im Fall der Dienstleistungsrichtlinie während der Beratungen über die Ratifizierung des Verfassungsentwurfs stattfand. Doch scheint sich der Einsatz bei der Debatte und Abstimmung über die Richtlinie im Februar ausgezahlt zu haben: Die Europaabgeordneten schlossen sich der Meinung des gemeinnützigen Sektors schließlich an. Indem sie für den Ausschluss der Sozialdienstlei-

# Die Europäische Kommission möchte niedrige Mieten verbieten!

## "Der ursprüngliche Bolkestein-Vorschlag ist Makulatur"

Wenige Tage, nachdem das Europäische Parlament (EP) über die Dienstleistungsrichtlinie abgestimmt hatte, präsentierte der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) das Abstimmungsergebnis als einen "großen Sieg für die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer", der den ursprünglichen Bolkestein-Vorschlag zu Makulatur mache. "Diese Abstimmung zeigt deutlich, dass es den Europaabgeordneten gelungen ist, einen Kompromiss zu finden, der die Öffnung des Dienstleistungsmarktes ermöglicht und gleichzeitig das europäische Sozialmodell aufrechterhält, selbst, wenn es noch Verbesserungsbedarf gibt", erklärte EGB-Generalsekretär John Monks.

Der EGB bewertete die Auswirkungen der Euro-Demonstration vom 14. Februar als positiv und ist der Meinung, dass der vom EP erzielte Kompromiss die Grundlage für künftige Entscheidungen zu diesem Thema bilden muss.

Auf dem Wettbewerbsgipfel vom 13. März vertraten einige der 25 Mitgliedstaaten jedoch den Standpunkt, dass der Kompromiss des EP zu weit gehe und die Ziele des ursprünglichen Vorschlags einschränke. Am 15. März fügte John Monks hinzu, dass "wir die Entwicklung dieses Textes weiterhin sehr aufmerksam verfolgen und sicherstellen werden, dass der Vorschlag des EP nicht substantiell untergraben wird".

Quelle: [www.etuc.org](http://www.etuc.org)

Nur eine Schlagzeile der europaskeptischen Sensationspresse? Wenn die Dienstleistungsrichtlinie auf den sozialen Wohnungsbau angewandt wird, könnte ein solches Horrorszzenario theoretisch Realität werden.

**C**ECODHAS \*) hat aktive Lobbyarbeit betrieben, um den sozialen Wohnungsbau vor einer Richtlinie zu schützen, die keinen Unterschied macht zwischen Bestimmungen, die profitorientierten Dienstleistungserbringern einen unfairen Vorteil gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz einräumen, und Bestimmungen, deren Zweck es ist, den Menschen bei immer teurer und enger werdenden Immobilienmärkten Zugang zu erschwinglichem, angemessenem Wohnraum zu ermöglichen.

Ein Angebot an erschwinglichem Wohnraum und an Sozialwohnungen ist für die Bekämpfung der Armut, für eine erfolgreiche Wirtschaft und eine gerechte Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Zu diesem Zwecke wurden Organisationen des sozialen Wohnungsbaus eingerichtet - Vereinigungen, Kooperativen, Stiftungen oder kommunale Wohnungsgesellschaften. Die von ihnen erbrachten Dienstleistungen beschränken sich aber nicht nur auf das Anbieten erschwinglichen Wohnraums. Sie führen auch Hilfsprogramme für bestimmte Gemeinschaften durch, die die Eingliederung fördern und Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen, Obdachlosen, Einwanderern und weiteren sozial verletzlichen Gesellschaftsgruppen wichtige Unterstützung bieten können. Viele arbeiten mit weiteren Organen zusammen, wie etwa den lokalen Behörden, Bürgerinitiativen, Schulen, den für soziale Angelegenheiten zuständigen Regierungsstellen,

Beschäftigungs- und Ausbildungsdiensten und der Polizei, um lokale Probleme zu lösen und heruntergekommene Stadtviertel zu erneuern.

## Eine starke Reglementierung

Zu den bürokratischen Vorschriften und anderen Verordnungen, die die Dienstleistungsrichtlinie streichen will, könnten in einigen Fällen auch Vorschriften gehören, die die Kontinuität der Dienstleistungen sicherstellen, die von den oben genannten Organisationen des sozialen Wohnungsbaus für Gemeinden in ganz Europa erbracht werden. In Europa gibt es verschiedene Sozialwohnungssysteme, und auch wenn diese nicht direkt einer staatlichen Kontrolle unterliegen, so werden sie doch vom Staat unterstützt und sind demnach stark reglementiert. Diese Vorschriften wurden eingerichtet, um Mieter zu schützen und einen gewissen Qualitätsstandard bei Sozialwohnungen sicherzustellen.

## Erschwinglicher Wohnraum ist dringend notwendig

In einigen Ländern müssen Organisationen beispielsweise finanzielle Garantien unterschreiben. Manche Organisationen sind verpflichtet, sich zu Non-Profit-Organisationen zu erklären und Mieter und Vertreter der lokalen Behörden in ihrem Verwaltungsrat zu haben. Andere wiederum müssen zusätzliche Dienstleistungen anbieten, um die Teilhabe der Mieter zu fördern. Häufig haben sie im Gegenzug für staatliche Beihilfen Mietobergrenzen einzuhalten, können Räumungen gar nicht bzw. nur in Ausnahmefällen durchführen lassen und haben kein Recht, ihre Mieter auszuwählen. Außerdem dürfen sie nur in einem beschränkten geographi-

schen Gebiet tätig sein. Die Anzahl der Organisationen ist begrenzt, und diese müssen bei einem offiziell anerkannten Kontrollorgan registriert sein.

### Ein eklatantes Versäumnis

Im Namen eines fairen Wettbewerbs zielt die Dienstleistungsrichtlinie darauf ab, solche Vorschriften zu streichen oder einzuschränken, nicht, weil europäische Gesetzgeber darauf aus sind, Sozialwohnungssysteme zu zerstören, sondern aus dem einfachen Grunde, dass bei der Abfassung der Richtlinie nicht an Organisationen des sozialen Wohnungsbaus gedacht wurde. Das Europäische Parlament hat dieses eklatante Versäumnis erkannt und stimmte dafür, den sozialen Wohnungsbau und Sozialdienstleistungen vom Anwendungsbereich der Richtlinie auszunehmen. Bleibt zu hoffen, dass der Rat diesem Beispiel folgt. Dadurch wird aber nicht das eigentliche Problem gelöst, nämlich die fehlenden gemeinsamen Überlegungen zwischen sozialen

und wirtschaftlichen Akteuren auf EU-Ebene. Die Dienstleistungsrichtlinie ist nur eine Folge dieses Mangels.

Eine stärkere Reglementierung der Wohnungsmärkte ist dringend notwendig. Gleiches gilt für ein größeres Angebot an Sozialwohnungen und an erschwinglichem Wohnraum. Eine immer stärker werdende Teilung der Gesellschaft und Spannungen, die auf Wohlstand, ethnische Herkunft, Religion oder Alter zurückzuführen sind, zeigen ebenfalls, wie notwendig es ist, dass Organisationen des sozialen Wohnungsbaus und weitere Dienstleistungserbringer bestimmten Gemeinschaften Hilfe bieten oder "soziale Reglementierungsmaßnahmen" durchführen. Die EU-Gesetzgebung sollte diese Notwendigkeit berücksichtigen.

Sorcha Edwards

Informationsbeauftragte CECODHAS

\*) European Liaison Committee for Social Housing (Europäischer Verbindungsausschuss zur Koordinierung der sozialen

## "Kleine tschechische NRO sind sich dieser Richtlinie nicht einmal bewusst"

**Wie sehen tschechische NRO das Thema Sozialdienstleistungen? Interview mit David Stulik von der Civil Society Development Foundation \*).**

**EAPN: Wie hat sich die Erbringung von Sozialdienstleistungen in der Tschechischen Republik verändert? Und halten Sie diese Entwicklung für positiv?**



David Stulik: Im Bereich der Sozialdienstleistungen finden einige große Änderungen statt. Zunächst hat das Ministerium für Arbeit und Soziales das Finanzierungssystem dieser Dienstleistungen dezentralisiert und gibt mehr Zuständigkeiten an neu eingerichtete Regionen und regionale Behörden ab. Zweitens wird jetzt das Gesetz über Sozialdienstleistungen nach längeren Debatten in Kraft treten.

Dieses Gesetz soll den NRO und den öffentlichen Einrichtungen, die ebenfalls Sozialdienstleistungen erbringen, einen gleichberechtigten Zugang zu den öffentlichen Finanzen ermöglichen. Außerdem werden Standards für Sozialdienstleistungen eingeführt. Wer Zugang zu öffentlichen Mitteln haben möchte, muss

diese Standards einhalten. Das gilt auch für die NRO. Diese Maßnahmen könnten für soziale NRO (verglichen mit dem aktuellen Zustand) eine spürbare Qualitätsverbesserung bedeuten. Und solange sich die angewandten Standards auf die wirklichen Bedürfnisse der Nutzer konzentrieren, verbessern sich außerdem die mittelfristigen Aussichten dieser NRO.

**Worin besteht der Mehrwert der von den NRO angebotenen Dienstleistungen im Vergleich zu den normalen öffentlichen oder privaten Dienstleistungen?**

Sozialdienstleistungen, die von kleinen tschechischen NRO erbracht werden, sind besser auf spezifische Zielgruppen zugeschnitten. NRO arbeiten individuell und widmen ihrer "Klientel" mehr Zeit und Aufmerksamkeit. Ihr größter Vorteil sind die Leidenschaft und die Energie, mit der sie sich für ihre Zielgruppe einsetzen. Außerdem wissen sie genau, welche Bedürfnisse ihre "Klientel" hat. Durch ihre Arbeit vor Ort verfügen sie über ausgezeichnete und gründliche Kenntnisse. Und schließlich sind die tschechischen NRO auch sehr innovativ und effizient. Sie haben viele gute Ideen, wie sich ihre Arbeit, ihre Dienstleistungen und ihre Ergebnisse verbessern lassen.

Öffentliche Einrichtungen haben im Allgemeinen keinen individuellen Ansatz bezüglich bedürftiger Menschen, auch wenn einige von ihnen Qualitätsstandards einhalten. Diese Einrichtungen be-

ziehen jedoch öffentliche Mittel direkt von den regionalen Behörden und stellen daher für die NRO eine unfaire Konkurrenz dar.

### Wie sehen Sie die Bolkestein-Richtlinie?

Kleine tschechische NRO sind sich dieser Richtlinie nicht einmal bewusst. Wenn sie besser über die Richtlinie informiert wären, würden sie wahrscheinlich fordern, dass Sozialdienstleistungen von deren Anwendungsbereich ausgenommen werden. Wie auch immer: Wir glauben nicht, dass kleine NRO mit den möglichen Problemen konfrontiert werden, wie sie sich bei einer grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung ergeben. Sie arbeiten mit konkreten Menschen und spezifischen Zielgruppen und halten es für eher unwahrscheinlich, dass Dritte in die Tschechische Republik kommen und dieselben Dienstleistungen anbieten.

Organisationen aus dem Ausland fehlt der kulturelle Hintergrund und die Kenntnis der spezifischen Bedingungen, der Situation der entsprechenden Zielgruppe und der Geschichte der sozialen Probleme. Kurzum: Sie werden nicht in der Lage sein, qualitativ hochwertige Dienstleistungen zu erbringen. All diese Faktoren werden NRO oder andere Organisationen/Einrichtungen aus dem Ausland folglich daran hindern, ihre Dienstleistungen in Gebieten auszuweiten, in denen kleine tschechische soziale NRO heutzutage tätig sind. Im Übrigen denken diese kleineren Organisationen nicht daran, ihre Aktivitäten auszuweiten, und zwar noch nicht einmal auf andere Städte oder Gemeinden. Es ist daher unwahrscheinlich, dass sie in Erwägung ziehen, ihre Dienstleistungen im Ausland zu erbringen. Wie aber bereits angedeutet wurde, sollte potenzielles Interesse unter NRO eher bei den größeren Organisationen erwartet werden, deren Ziel es ist, zu wachsen und die eigenen Aktivitätsbereiche auszuweiten.

Interview: Sian Jones

## Sozialdienstleistungen: Wertschöpfung und Beschäftigung

Beitrag der Bildungs-, Gesundheits-, Sozialdienstleistungen und weiterer Dienstleistungen (%) zu:

	Gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung *)	Gesamtbeschäftigung
A	13,9	18,6
B	16,5	24,4
CZ	10,9	14,2
DK	19,9	28,4
E	14,6	19,7
FIN	17,1	26,4
F	15,5	25,3
DE	15,7	22,4
EL	13,5	16,1
HU	14,8	19,7
IRL	13,3	21,4
I	14,3	22,2
L	10,2	17,1
NL	17,2	26,8
PL	13,8	14,4
P	17,7	19,2
SK	11,1	18,5
SWE	18,5	32,3
UK	17,4	23,8

\*) Bruttowertschöpfung wird als Gesamtwert der im Produktionsprozess erzeugten Waren und Dienstleistungen abzüglich der im Produktionsprozess verbrauchten, verarbeiteten oder umgewandelten Waren und Dienstleistungen definiert.

Quelle: OECD in Figures - Ausgabe 2005

## Sozialdienstleistungen in der Tschechischen Republik

Nach Angabe des Ministeriums für Arbeit und Soziales, gibt es aktuell keine umfassenden Daten zu Sozialdienstleistungen in der Tschechischen Republik oder zu Dienstleistungen, die von NRO erbracht werden. Der jährliche Bericht des Ministeriums gibt an, dass im Jahr 1999 47,5 % der Dienstleistungen vom Staat erbracht wurden, 35,4 % von den Städten und Gemeinden, 10,4 % von den Kirchen und 6,7 % von

den NRO. Zusammen boten sie 929 soziale Hilfseinrichtungen mit einer Gesamtkapazität von 71 977 Plätzen an. Zu diesen Einrichtungen gehörten 329 Altersheime, 152 Zentren für Rentner, 70 soziale Hilfseinrichtungen für Erwachsene, 3 Einrichtungen für Alkoholiker und Drogenabhängige, 5 Einrichtungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen, 185 soziale Hilfseinrichtungen für junge Menschen, 35



Pflegeheime, 33 Heime für alleinstehende Mütter, 22 karitative Heime und 4 weitere Einrichtungen.

Das Ministerium räumt ein, dass eine Weiterentwicklung des Sektors durch "veraltete Gesetze, die Teilung der Kompetenzen, die Methoden für die Verteilung der Mittel und die beruflichen Fähigkeiten der Sozialarbeiter in der öffentlichen Verwaltung" behindert wird.

Die Civil Society Development Foundation weist aber darauf hin, dass der Staat zwar der größte Geldgeber sein mag, doch sind mehr NRO an der Erbringung von Sozialdienstleistungen beteiligt als staatliche Einrichtungen.  
S.J.

Quellen: <http://www.mpsv.cz/en/1613/>  
<http://www.mpsv.cz/files/clanky/1998/2646.pdf>

## NACHRICHTEN AUS ZYPERN

### Die sozialen Prioritäten des Reformprogramms

**Genau wie die anderen Mitgliedstaaten hat auch Zypern sein nationales Reformprogramm im Rahmen der überarbeiteten Lissabonner Strategie vorgelegt.**

**D**as zypriotische Reformprogramm ist in drei Kapitel unterteilt: Makroökonomische Politik, mikroökonomische Politik und Beschäftigung. Im Kapitel zum Thema Beschäftigung untersucht das Programm, wie der soziale Zusammenhalt verbessert werden kann, und zwar speziell durch die Eingliederung benachteiligter und sozial verletzlicher Gruppen in den Arbeitsmarkt.

Der zypriotische Arbeitsmarkt zeichnet sich im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten durch hohe Erwerbsbeteiligungs- und Beschäftigungsquoten aus. Die Arbeitslosenquote lag daher auch im Jahr 2004 laut Arbeitskräfteerhebung bei 5 % der erwerbstätigen Bevölkerung, während die allgemeine Beschäftigungsquote 69,1 % und die Beschäftigungsquote der Frauen 59,0 % betrug, also nur unwesentlich unter den Zielen von Lissabon von jeweils 70 % und 60 % lagen. Ein weiteres grundlegendes Merkmal des zypriotischen Arbeitsmarktes ist die hohe Zahl ausländischer Arbeitskräfte, insbesondere in ungelerten oder wenig qualifizierten Berufen, sowie der steigende Anteil türkischer Zyprioten. Im Jahr 2004 machten ausländische Arbeitskräfte (EU-Staatsangehörige nicht mitgezählt) bei der Erwerbstätigkeit 12,3 % aus.

#### Ein geschlechtsspezifisches Lohngefälle von 24 %!

Das Nationale Reformprogramm betont jedoch, dass es dem Bildungssystem nicht gelingt, flexibel auf die Bedürfnisse des Ar-

beitsmarktes einzugehen, dass flexible Beschäftigungsformen, einschließlich Teilzeitjobs, nur selten genutzt werden, und dass die Teilhabequote am Arbeitsmarkt von Menschen mit spezifischen Bedürfnissen niedrig ist. Darüber hinaus scheint es notwendig zu sein, die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern, die viel höher als die durchschnittliche nationale Arbeitslosenquote ist, was auf Schwierigkeiten beim Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben schließen lässt.

#### Die Armutsrate entspricht jetzt dem Durchschnitt der EU der 25 Mitgliedstaaten

Was die Gleichstellung von Männern und Frauen anbelangt, so sind in Zypern geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit und der Bezahlung noch immer weit verbreitet. Das Problem liegt vor allem im Lohngefälle (23,8 % im Jahr 2004 gegenüber 25,9 % im Jahr 2000). Der Hauptgrund für das geschlechtsspezifische Lohngefälle ist die sektorale bzw. arbeitsmarktspezifische Trennung: Auf dem Arbeitsmarkt gibt es einen größeren Prozentsatz beruflich qualifizierter Männer in Führungspositionen, während Frauen bei den schlechter bezahlten, wenig qualifizierten Arbeitsplätzen (Verkäuferinnen und Büro-Assistentinnen) und den Teilzeitjobs überwiegen (im Jahr 2004 hatten 13,2 % der beschäftigten Frauen einen Teilzeitjob; bei Männern betrug diese Quote lediglich 5,2 %).

#### Wirtschaftliche Einwanderung

Wie bereits erwähnt, sind in Zypern viele ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, insbesondere in ungelerten oder wenig qualifizierten Berufen: Im Jahr 2004 waren 34,9 % der ausländi-

schen Arbeitskräfte in Zypern als Haushaltshilfen beschäftigt, 17,9 % arbeiteten in der Hotel- und Gastronomiebranche, 9,2 % in der Landwirtschaft, 8,8 % im Herstellungsbereich, 9,6 % im Handel und 10,3 % in der Baubranche.

Das Reformprogramm schlägt vor, die übergeordnete Strategie zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte noch einmal zu überprüfen, mit dem Ziel, einen ausgewogenen Ansatz zu diesem Thema unter Berücksichtigung des Zusammenspiels von drei Hauptfaktoren zu erreichen: 1) Die strategische Neuausrichtung der Wirtschaft hin zu Aktivitäten mit höherem Mehrwert; 2) Das politische Ziel, die zur Zeit inaktiven Arbeitskräfte zu mobilisieren und 3) Die potenzielle Mobilität der Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt der EU der 25 Mitgliedstaaten (in Kürze der 27 Mitgliedstaaten).

### Was ist mit dem sozialen Zusammenhalt?

Nach Angabe des Reformprogramms zeichnet sich Zypern allgemein durch sozialen Frieden und einen großen sozialen Zusammenhalt aus: "Wirtschaftliche Ungleichheit, Armut und soziale Ausgrenzung sind in Zypern keine großen Probleme. Dies ist vor allem auf die traditionell niedrige Arbeitslosenquote zurückzuführen, denn Arbeitslosigkeit bildet den Hauptgrund für Armut und Ausgrenzung."

Das Reformprogramm räumt aber ein, dass es bisweilen Fälle von Ausgrenzung gibt, und zwar bei älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehenden und Familien, deren Haushaltsvorstand nur einen niedrigen Bildungsstand hat. Im Rahmen ihrer allgemeinen Sozialpolitik zur Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards für alle bietet die zypriotische Regierung in diesem Zusammenhang Sozialhilfe für alle legal in Zypern lebenden Personen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen, um ihre grundlegenden und speziellen Bedürfnisse zu decken, so wie sie gesetzlich festgelegt sind.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass die aktuellen Sozialhilfegesetze Beschäftigungsanreize enthalten, um die (Wieder)eingliederung von Sozialhilfeempfängern in den Arbeitsmarkt und ihre allmähliche Unabhängigkeit von öffentlichen Mitteln zu fördern. So haben beispielsweise bestimmte Kategorien von sozial verletzlichen Personen selbst dann einen Anspruch auf Sozialhilfe, wenn sie Vollzeit arbeiten. Außerdem gibt es eine Reihe von Regierungsprogrammen und Subventionen speziell für sozial verletzliche Gruppen, wie ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Drogenabhängige, Haushalte mit niedrigem Einkommen, die Wohneigentum erwerben wollen, usw. So wird

beispielsweise die Sozialrente Personen über 65 Jahren bewilligt, die kein Anrecht auf eine Rente aus der Sozialversicherung haben.

### Armut in Zahlen

Das Reformprogramm vermerkt eine Verbesserung der Situation, was die soziale Eingliederung und die Einkommensverteilung angeht. Die Ergebnisse der im Jahr 2003 durchgeführten Untersuchung zum Familienbudget sahen gegenüber den entsprechenden Ergebnissen derselben Untersuchung aus den Jahren 1996-1997 folgendermaßen aus:

- ✓ Der Prozentsatz der von Armut bedrohten Personen (deren Einkommen weniger als 60 % des entsprechenden Einkommensmittelwertes beträgt) sank von 16,3 % der Gesamtbevölkerung in den Jahren 1996/97 auf 15,3 % im Jahr 2003 und entspricht jetzt dem Durchschnitt der EU der 25 Mitgliedstaaten für das Jahr 2001.
- ✓ Das Armutsrisiko für ältere Menschen (über 65), die 2003 11,9 % der Gesamtbevölkerung ausmachten, sank von 58 % auf 52 %.
- ✓ Ebenso gab es einen Rückgang von 10 % beim Armutsrisiko der Menschen, die in Einpersonen-Haushalten leben (65 Jahre und älter). Da sie die sozial verletzlichste Bevölkerungsgruppe sind, tragen diese Personen immer noch das größte Risiko, unterhalb der Armutsgrenze zu leben, und dies, obwohl der entsprechende Prozentsatz von 83 % im Jahr 1997 auf 73 % im Jahr 2003 fiel.
- ✓ Die Kinderarmutsrate, die laut den Statistiken aus dem Jahr 1997 eine der niedrigsten in der EU war, ging um einen Prozentpunkt zurück und erreichte im Jahr 2003 11 %.
- ✓ Die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung sank, wie der S80/S20-Indikator beweist, der im Jahr 2003 auf 4,1 fiel (gegenüber 4,4 im Jahr 1997). Ebenso fiel der Gini-Koeffizient unter den EU-Durchschnitt auf 0,27, was eine langfristige rückläufige Tendenz bei den Einkommensungleichheiten zeigt.

Um die Bedingungen für den sozialen Zusammenhalt zu verbessern, hat die zypriotische Regierung zwei politische Hauptprioritäten bestimmt: 1) Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards für benachteiligte und sozial verletzliche Gruppen und Förderung ihrer (Wieder)eingliederung in den Arbeitsmarkt; 2) Sicherstellung eines erschwinglichen Zugangs aller zu

## Das Profil von EAPN Zypern

Das zypriotische nationale Netzwerk gegen Armut (NAPN Zypern), offiziell am 28. September 2005 in Nikosia gegründet, wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung 2005 als neues EAPN-Mitglied begrüßt.

Das NAPN Zypern ist eine informelle Organisation mit folgenden Zielsetzungen:

- ✓ Bereitstellung von Informationen sowie Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der zypriotischen Institutionen und Behörden;
- ✓ Identifizierung und Aufzeigen von Bevölkerungsgruppen, die von sozialer Ausgrenzung betroffen sind, ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Abstammung, ihrer Religion, nationalen Herkunft, Kultur oder sexuellen Ausrichtung;
- ✓ Druckausübung auf alle zypriotischen Entscheidungsebenen, damit sozialpolitische, praktische und rechtliche Maßnahmen angenommen und umgesetzt werden, die Armut und



soziale Ausgrenzung bekämpfen, unmittelbar lindern und schließlich beseitigen;

**Mitgliedschaft:** Jede NRO oder Organisation (Regierungsorgane oder mit der Regierung verbundene Stellen ausgenommen), die den Zielsetzungen des Netzwerks beistimmt, kann Mitglied des NAPN Zypern werden.

Kontakt: Ninetta Kazantzis

E-Mail: [nineta@cytanet.com.cy](mailto:nineta@cytanet.com.cy)

## "A Future Worth Having" [Eine lohnende Zukunft]

"A Future Worth Having" heißt der EAPN-Bericht, der bewertet, wie der neue Lissabonner Prozess Prioritäten der sozialen Eingliederung integriert und die aktive Teilhabe von sozialen NRO und Menschen, die von Armut betroffen sind, fördert. Er enthält die Reaktionen von 15 nationalen EAPN-Netzwerken auf den Inhalt ihrer jeweiligen nationalen Reformprogramme zu den Themen soziale Eingliederung und Beschäftigung.

Darüber hinaus enthält der Bericht auch die Antwort des EAPN auf den jährlichen Fortschrittsbericht der Kommission "Time to move up a gear", in dem die Europäische Kommission das erste Jahr der überarbeiteten Lissabonner Strategie bewertet. Das EAPN kommentiert, inwieweit die in diesem Bericht identifizierten Hauptprioritäten Synergieeffekte zwischen der sozialen Eingliederung und dem Sozialschutz einerseits und Wachstum und Beschäftigung andererseits fördern und Fortschritte bei der Beseitigung von Armut erzielen können. Im letzten Abschnitt wird ein Fahrplan in fünf Schritten für eine bessere Umsetzung der Lissabonner Strategie vorgestellt.

Verfügbar auf der EAPN-Website unter:  
[www.eapn.org](http://www.eapn.org)

**Nachrichten aus dem Netz** möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be)  
Chefredakteur: Fintan Farrell

### Verantwortl. Veröffentlichung:

Vincent Forest  
EAPN, rue du Congrès, 37-41 (Bte 2) - B-1000 Brüssel

Tel.: +32 2 230 44 55 - Fax: +32 2 230 97 33 - E-Mail:  
[team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be) - Website: [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

### Diese Veröffentlichung kommt mit Unterstützung

- der Europäischen Kommission und
- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend zustande.